

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

14.4.1932 (No. 87)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrieder-  
Straße Nr. 14  
Karlsruhe  
Telefon Nr. 853  
und 954  
Postfach Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsteil:  
Chefredakteur  
G. E. M. u. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellung tarifierter Rabatte, der als Restrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### \* Das Verbot der nationalsozialistischen S.-A.

Nachdem die Reichsregierung dem Reichspräsidenten von Hindenburg einstimmig das Verbot der Sturmabteilungen (S.A.), Schutzstaffeln (S.S.) und aller sonstigen militärischen Organisationen der NSDAP empfohlen hatte, hat der Reichspräsident gestern nachmittag durch Notverordnung die Auflösung dieser Organisationen verfügt. Die neue Notverordnung wird von allen Länderregierungen, die in letzter Zeit mit wachsendem Nachdruck auch ihrerseits das Verbot der S.A. verlangten, mit großer Genugtuung begrüßt werden; ebenso aber auch von allen Staatsbürgern, die der Meinung sind, daß das Vorhandensein einer Parteiarmee schon an sich eine dauernde Bedrohung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bedeutet, und daß die Sicherheitsorgane des Staates stark genug sind, um ihrerseits die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Auch die badische Regierung hat bekanntlich aus wohlwollenden Gründen ein Verbot der S.A. gewünscht.

Im Reichskabinett sitzen gewiß keine Männer, die im Verdachte stehen, Vertreter von Linksparteien zu sein. Das Kabinett Brüning ist im ganzen ein mehr nach rechts gerichtetes Kabinett. Und der Reichspräsident selbst steht als Politiker auf dem Boden einer ruhigen und soliden, im ganzen mehr konservativen Staatsmeinung. Wenn diese Männer in vollster Übereinstimmung die Auflösung der S.A. beschließen, dann wird sich jeder Einsichtige sagen müssen, daß hier wirklich nur staatspolitische Erwägungen maßgebend waren.

Diese Tatsache wird denn auch in der amtlichen Begründung des Verbots noch ganz besonders unterstrichen. In einem Rechtsstaat hat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert zu sein. Jede private Gewaltorganisation ist deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung. Nach Lage der Dinge muß eine solche Organisation zumal wenn sie militärisch aufgezogen wird, mit dem Staat und den Machtmitteln des Staates in Konflikt geraten. Wenn dann noch zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Übergriffe festzustellen sind, die sich in letzter Zeit faktisch ereignet haben und zu großer Verunsicherung Anlaß gaben, dann ergibt sich für eine Regierung ohne weiteres die unabwendbare Pflicht, ihrerseits einzugreifen und jene Organisation aufzulösen. Es dient dann eine solche Maßnahme dem Begriffe der Staatserhaltung, und sie entspringt in ihren Beweggründen einer wahrhaft überparteilichen Einstellung der Reichsregierung.

Keine Partei darf den Versuch machen einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel zu schaffen, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Und wenn der Staat hier nicht durchgreift, so gerät er selbst in Gefahr der Anarchie zu verfallen. Und es ist ganz richtig, wenn in der Begründung gesagt wird, daß dieser ernste Gesichtspunkt gerade in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung verdient. Wir werden in den kommenden Monaten wirtschaftspolitisch und außenpolitisch vor der Notwendigkeit einschneidender Entschlüsse und bedeutsamer Verhandlungen stehen. Da ist es die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion, daß man allenthalben in die Festigkeit unserer staatlichen Verhältnisse das rechte Vertrauen hat.

Zum Schluß wird in der amtlichen Begründung betont, daß die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP nach den besonderen Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden soll. Die NSDAP werde durch die Verordnung nicht berührt, ihr stehe im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu, wie allen anderen Parteien.

### Die internationale Arbeitskonferenz

BRB. Genf, 14. April. (Tel.) Die internationale Arbeitskonferenz überwiegt heute nach Erledigung formaler Angelegenheiten die auf dem Programm der Konferenz stehenden Fragen besonderer Ausschüsse, die heute ihre Arbeiten aufnehmen. Zum Vorsitzenden des Ausschusses für die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung wurde der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Dr. Grieser, gewählt.

### Verbot der S.-A. und S.-S. im ganzen Reich

#### Eine Notverordnung des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat am Mittwochabend nach einer im Reichsinnenministerium stattgefundenen Länderkonferenz eine Notverordnung unterzeichnet, durch die die S.A. (Sturmabteilungen) und die S.S. (Schutzstaffeln) der Nationalsozialistischen Partei auf Grund des § 48 der Reichsverfassung allgemein für das ganze Reich aufgelöst werden. Die Notverordnung, die auf die Forderungen der Länder Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen nach entschiedenen Maßnahmen gegen die militärischen Organisationen der NSDAP erfolgte, trat sofort in Kraft, und überall in den Ländern fanden sofortige Vollziehaktionen statt, die nirgends auf besondere Schwierigkeiten stießen. In München wurde das „Braune Haus“ von der Landespolizei besetzt. Verschiedentlich wurden Material, Ausrüstungsgegenstände und auch Waffen beschlagnahmt.

Die Verordnung nebst Durchführungsverordnung wird im heutigen „Staatsanzeiger“ bekanntgegeben.

#### Die Begründung der Reichsregierung

Eine offizielle Mitteilung lautet: Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militärische Organisationen der NSDAP sind am Mittwoch durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Organisationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteichef, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit kassernenmäßiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufzutreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalttätigkeiten durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampfororganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Verunsicherung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu errichten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungsteile können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Ende zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei fordern muß, verlieren.

Kun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Regalitätsverklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei besonders zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen. Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Übergriffe festzustellen. Diese haben größte Verunsicherung in weite Kreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatsverwaltung selbst. Sie entspringt einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß ammentenden Einstellung der Reichsregierung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der rote Frontkämpfer-

Bund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität, als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen; wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rückstandslos einzuschreiten. Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihre steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Über allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seine Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsat des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

#### Auch der Volkssportverein verboten

BRB. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.) Zu den durch die Notverordnung verbotenen Organisationen der NSDAP ist heute, der „V.S.“ zufolge, auch noch der sogenannte Volkssportverein hinzugekommen. Der Volkssportverein hatte sich nach der „V.S.“ nach außen hin als eine Sportvereinsorganisation getarnt und unter dieser Tarnung die Erlaubnis erhalten, auf dem Truppentrübungsplatz in Döberitz seine Übungen abzuhalten.

#### Die Aktion in München

BRB. München, 14. April. Das Braune Haus in München ist von der Landespolizei um die Mittagsstunde noch immer besetzt. Die Polizeibeamten sind damit beschäftigt, das umfangreiche beschlagnahmte Material auf Lastautos zur Landespolizei zu verladen. In der Umgebung des Braunen Hauses muß die Polizei dauernd die sich ansammelnden zahlreichen Neugierige zerstreuen. Im übrigen herrscht jedoch vollkommene Ruhe und Ordnung.

#### Die Auflösung der S.-A. in Kiel

BRB. Kiel, 14. April. (Tel.) Laut Polizeibericht sind die zur Auflösung der S.A. erforderlichen polizeilichen Maßnahmen in Kiel reibungslos durchgeführt worden. Am Abend zog dann eine etwa 500 Personen zählende Menge, die sich aus Besu- chern einer polizeilich aufgelösten nationalsozialistischen Kundgebung zusammensetzte, am Volkshaus vorbei in die Gegenstraße, wo ein Fenster des Volkshauses eingeworfen wurde. Das Überfallkommando löste den Zug auf. Abends kam es wiederholt zu kleineren Zusammenrottungen. Mehrere Personen wurden festgenommen.

#### Ein Aufruf Hitlers

BRB. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.) Adolf Hitler hat zu dem S.A. und S.S.-Verbot einen Aufruf an seine Anhänger erlassen, in dem er zunächst scharf gegen die Maßnahmen protestiert und erklärt, am 24. April sei der Tag der Vergeltung.

Der Aufruf enthält dann die Aufforderung an die Mitglieder der S.A. und S.S., sich in den Sektionen und Ortsgruppen der Partei zur politischen Wahlarbeit freiwillig mehr als je zuvor zur Verfügung zu stellen.

Einspruch Braunschweigs. Der braunschweigische nationalsozialistische Innenminister, Klages, hat gegen die Notverordnung auf Verbot der S.A. und S.S. scharfsten Protest erhoben. Das Verbot sei ungerecht, da nicht gleichzeitig auch die Organisation der Eisernen Front verboten worden sei. Im Lande Braunschweig waren heute, Donnerstag vormittag, noch keine Schritte unternommen worden. Polizeiminister Klages, der am Mittwoch zur Länderkonferenz erschienen war, war heute früh noch nicht zurückgekehrt. In Kreisen, wo sich eine S.A.-Schule befindet, herrscht Ruhe. Kundgebungen sind nicht erfolgt.

Der neue Basler Grobrot. Die endgültigen Resultate der Basler Grobrotwahlen sind nunmehr bekannt. Die Sitze in dem 130 Mandate zählenden Rat verteilen sich wie folgt: Radikale 26 (bisher 20), Liberale 17 (19), Bürgerpartei 14 (16), Kathol. Volkspartei 14 (13). Die bürgerlichen Parteien waren untereinander Listenverbindung eingegangen. Sie haben nun zusammen 70 Sitze inne (68). Die Evangel. Volkspartei erhielt 3 Mandate (3), die Sozialdemokraten 38 (34) und die Kommunisten 19 (25).

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

## Stegerwald über Arbeitsbeschaffung

### Der Krisenkongress der Gewerkschaften

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete, wie schon gemeldet, am Mittwoch im Reichstag zu Berlin einen außerordentlichen Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zur Behandlung der Arbeitsbeschaffungsfrage. An Stelle des Reichslanzlers entwickelte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald die Pläne der Reichsregierung.

Neben der Beschränkung in der Ein- und Ausfuhr, die auch zur Arbeitslosigkeit beitragen, lägen noch drei Unsicherheitsfaktoren vor, die für die Wirtschaftsentwicklung von fundamentaler Bedeutung seien: der Ausgang der Reparationskonferenz, der Wendepunkt der Weltwirtschaftskrisis und drittens die Frage, wann eine größere innerpolitische Beruhigung zu erreichen sein wird, wobei der Ausgang der Reichswahlen entscheidend ins Gewicht falle. Daß die Hauptursache der Wirtschaftskrisis in der Lohnföhrung liege, sei nur teilweise richtig, da diese ja auch in anderen Ländern vorhanden sei, in denen eine andere Lohnpolitik getrieben werde. Im ganzen seien an Löhnen und Gehältern in den letzten zwei Jahren bei der öffentlichen Hand etwa für 2½ Milliarden Kürzungen erfolgt.

Die Überwindung der Banken- und Geldkrise im vorigen Jahre sei ein Erfolg der Regierungspolitik, wie er nicht größer erwartet werden konnte. Arbeit habe es noch, es handle sich nur um die Herbeischaffung der Mittel für eine Arbeitsbeschaffung. Wir werden wieder zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volkes kommen müssen. Diese Tatsache ist — so sagte Dr. Stegerwald — von fundamentaler Bedeutung für unsere soziale Fortschrittspolitik, und deshalb habe die Reichsregierung die Siedlungspolitik in den Vordergrund gestellt. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sehe vor: verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung, Fortsetzung der städtischen Vorkommenssiedlung, Reparaturen für Wohnungen und Arbeiten auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Restaurationen, des Wasserbaues und des Wasserregulierungswezens.

Zum Schluß ging der Minister nochmals auf die Frage der Arbeitsförderung und die Lohnfrage ein, die in nächster Zeit Gegenstand von Besprechungen zwischen Regierung und Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sein würden. Was die Reichsregierung — so schloß der Minister — zur Hinderung der Not der Erwerbslosen tun könne, werde bestimmt gesehen.

Im Laufe der Aussprache kam auch der preussische Ministerpräsident Braun zu Wort. Bei der Größe der Not müsse mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. In dem Maße, wie die Wirtschaftskrise sich verstärkte, gingen auch die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, so daß auch die öffentlichen Arbeiten eingeschränkt werden müßten. Um der Lage Herr zu werden müsse — sobald die innerpolitischen Entscheidungen gefallen seien — ohne Rücksicht auf die Außenpolitik die Arbeitslosenfrage zunächst durch Kürzung der Arbeitszeit angegriffen werden. Er sei für eine noch radikalere Kürzung als die 40-Stundenwoche.

Der Kongress nahm einstimmig eine längere Entscheidung zur Arbeitsbeschaffung an. Es heißt darin, daß die Wirtschaftsföhrung des privatkapitalistischen Systems nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitestgehend verloren habe. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden.

## Ein Reichskommissar für Fremdenverkehr?

Wenn irgend etwas, so ist die Förderung des Fremdenverkehrs eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Soweit eine zentrale Organisation der Fremdenverkehrsförderung notwendig ist, wird diese Aufgabe durch den Hauptausschuß für Fremdenverkehr, den die Reichsregierung als obersten Rat des deutschen Fremdenverkehrswesens eingesetzt hat, erfüllt. Er pflegt die Verbindungen zu den großen internationalen Organisationen des europäischen Fremdenverkehrs, so z. B. zum Conseil Central du Tourisme International in Paris, zur Union Internationale des Organes Officiels de Propaganda Touristique im Haag usw.

Neben ihm übt vor allem noch die Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr eine umfangreiche Fremdenverkehrspropaganda aus. Sie hat in ihrem letzten Geschäftsjahr nicht weniger als 1 Million regionale Verkehrsbücher (82 v. H. im Inland, 68 v. H. im Ausland), rund 786 000 Sonderdrucken (27 v. H. im Inland, 73 v. H. im Ausland), 1,9 Millionen Schriften von Verkehrsverbänden, Städten und Bädern (7 v. H. im Inland, 93 v. H. im Ausland), sowie 173 000 Deutschland-Plakate (35 v. H. im Inland, 65 v. H. im Ausland) verbreitet. Angesichts dieser umfangreichen Tätigkeit der bestehenden Spitzenorganisation würde die Schaffung eines Reichskommissars für den Fremdenverkehr zweifellos eine Überorganisation bedeuten.

Die Aussprache im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wurde am Mittwoch in Genf zu Ende geführt, ohne daß man sich bisher auf irgend eine bestimmte Linie geeinigt hätte. Grandi wandte sich gegen die Ausführungen Tardieus vom Dienstag und forderte u. a. gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Angriffswaffen.

Zusammenstöße in der Tschechoslowakei. In Brüx (Tschechoslowakei) kam es zu Zusammenstößen von Demonstranten mit der Polizei. 45 Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Zwei Demonstranten wurden getötet und sechs schwer verletzt.

Wechsel in der Geschäftsleitung der Volksbühne Karlsruhe. Wie die Monatsblätter der Volksbühne Karlsruhe mitteilen, scheidet Direktor Hans Blum, der seit Bestehen der „Volksbühne Karlsruhe“ e. V. als Geschäftsführer des Vereins dessen Geschäftsstelle geleitet hat, mit Ablauf des April aus dieser Stellung aus. Er folgt einem Rufe der Süddeutschen Mundfunk-AG., nachdem er schon seit fünf Jahren die Karlsruher Sendestelle des Südfunks nebenamtlich verwaltet hat. Zu seinem Nachfolger hat der Vorstand den Bezirkssekretär des Bezirks Baden-Württemberg im Verband der deutschen Volksbühnenvereine, Arthur Krämer, der den Posten eines Geschäftsführers der Volksbühne, der ja auch bisher schon nebenamtlich versehen wurde, zusammen mit seinem Bezirkssekretariat verwaltet wird, bestimmt.

Eine Sechzigjährige. Frau Marie Schloß in Königsfeld, die als Schriftstellerin durch ihre Romane und Erzählungen in weiten Kreisen bekanntgeworden ist, feierte kürzlich ihren 60. Geburtstag. Die Jubilarin gehörte als Mitglied der Deutschdemokratischen Partei der badischen Nationalversammlung an. Ihre Werke greifen vornehmlich in das soziale Gebiet hinein. Frau Schloß ist eine Schwester des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas in Karlsruhe.

Prof. Dr. Bagenstehner †. In Wiesbaden ist Prof. Dr. Hermann Bagenstehner, Facharzt auf dem Gebiete der Augenheilkunde, im 88. Lebensjahr gestorben. Er genoss internationalen Ruf.

## Letzte Nachrichten

### Deutsche Anträge in Genf für Herabsetzung, nicht Begrenzung der Rüstungen

Genf, 14. April. (Tel.) Vorkonferenz-Präsident unterbreitete heute vormittag der Abrüstungskonferenz den Antrag, daß Artikel 1 des Konventionsskizzenentwurfes eine genauere Formulierung im Sinne einer stärkeren Betonung des Abrüstungsgedankens erhalte. Aufgabe der Abrüstungskonferenz sei nach deutscher Auffassung nicht die Begrenzung, sondern die Herabsetzung der Rüstungen.

Der deutsche Antrag wird vom Präsidium der Konferenz an den Hauptausschuß zur Behandlung weitergegeben werden.

### Die Auflösung der S.-A.

#### Im Spiegel des Auslandes

London, 14. April. (Tel.) Die Nachricht von der Auflösung der S.-A. und S.-S.-Formationen hat in der englischen Öffentlichkeit stärkste Beachtung gefunden. Die Morgenblätter bringen spaltenlange Meldungen ihrer Korrespondenten über die Gründe dieses Schrittes und die gegen „Hitlers private Armee“ erfolgten polizeilichen Maßnahmen. Der Berliner Korrespondent der „Morning Post“ nennt den Beschluß der Reichsregierung die „erste Frucht erneuten Selbstvertrauens infolge der Wiederwahl des Präsidenten von Hindenburg“ und findet es besonders bemerkenswert, daß General Groener sich von der Notwendigkeit eines Vorgehens gegen die nationalsozialistische Organisation überzeugt habe.

Unter der Überschrift „Ein mutiger Schritt“, billigen die „Times“ in einem Leitartikel den Beschluß der deutschen Regierung, die halbunabhängigen Organisationen der Nationalsozialisten zu verbieten. Das Blatt sagt: Die für den Schritt angegebenen Gründe sind ohne Frage überzeugend. Wenn eine politische Partei eine Kampfruppe besitzt, die von der Regierung unabhängig und ihr sogar feindlich gesinnt ist, so wird diese Partei dadurch zu einem Staat im Staat und bildet, welche friedfertigen Versicherungen auch gegeben werden mögen, eine Gefahr für den inneren Frieden.

Paris, 14. April. (Tel.) Die Morgenpresse veröffentlicht eingehende Berichte über die Maßnahmen zur Auflösung der Sturmabteilungen, jedoch nehmen nur einige Blätter hierzu Stellung. Während der Berliner Korrespondent und der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ an der Aufrichtigkeit des Beschlusses zweifeln, wird er von den Blättern „Le Nouvelliste“ und „L'Ordre“ begrüßt. „Le Nouvelliste“ glaubt nicht, daß die Auflösung der S.-A. zu ersten Unruhen als Vorzeichen einer Anarchie führen werde. Denn in Deutschland habe man nichts so sehr als Schwäche. Am 24. April werde die Politik der Vernunft in Deutschland triumphieren. „L'Ordre“ schreibt, die Auflösung der Privatarmee Hitlers sei der schwerste Schlag für die NSDAP. Die Verordnung beweise, daß es jetzt in Deutschland eine einheitliche Front gegen die unerlaubte Agitation und die Bürgerkriegsvorbereitungen der Hitler-Bewegung gebe.

### Der Fall Kreuzer

#### Gefälschte Sahanweisungen unter den Aktiven der Kreuzer & Toll-AG.

Stockholm, 14. April. (Tel.) Die Londoner „Financial Times“ hat behauptet, daß sich falsche ausländische Bonds in Höhe von etwa 300 Millionen Kronen unter den Aktiven der Kreuzer & Toll AG. befinden sollten.

Die Stockholm Morgenzetungen wollen wissen, daß dieses Gerücht den Tatsachen entspricht. Alles spricht dafür, daß es sich so verhält, wie die „Financial Times“ meldet. Die Fälschungen dürften in italienischen Sahanweisungen bestehen, deren Echtheit von italienischer Seite bestritten wird, da Kreuzer überhaupt keinerlei Geschäftsverbindungen mit Italien unterhalten hat.

### Die Schuld Frankreichs

#### Der „Eiffelturm“ zur Reichspräsidentenwahl

Strasbourg, 14. April. (Priv.-Tel.) Im Hauptorgan der christlichen Volkspartei, dem „Eiffelturm“, findet sich über den Ausgang der Reichspräsidentenwahl eine Auseinandersetzung mit dem „Pariser Temps“. Der „Eiffelturm“ schreibt, nachdem die Darstellung des Pariser Blattes, als sei der Zuwachs der Hitler-Stimmen ein parteimäßiger Gewinn, als fundamentaler Irrtum bezeichnet wird:

„Die Hitler-Bewegung hat wie eine starke wachsende Woge die deutschen Lande überflutet, und wenn das der Fall sein konnte, so liegt ein vollgerichtetes Maß von Schuld an der französischen Außenpolitik, die so verneinend war, zu glauben, daß man ein Volk von 65 Millionen Einwohnern in dauernder Knechtschaft halten könnte. Die Friedensverträge sind in gewissen Teilen derart, daß sie unbedingt einer Wänderung bedürfen. Ist das nicht möglich mit uns, so geschieht es gegen uns. Der Gang der Ereignisse läßt sich nicht aufhalten. Man bringe also rechtzeitig die nötigen Korrekturen an, vor allem in finanzieller Beziehung, dann wird man der Hitlerischen Demagogie die stärksten Waffen aus der Hand schlagen.“

### Kleine Chronik

In München ist eine fünfköpfige Kaufmannsfamilie wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den Tod gegangen.

Der Geschäftsführer der Allg. Ortskrankenkasse in Seehausen bei Magdeburg, seine Frau und ihr zweijähriges Töchterchen, wurden in ihrer Magdeburger Wohnung mit Leuchtgas vergiftet, tot aufgefunden. Der Geschäftsführer hatte Verfassungen begangen.

In einigen nordöstlichen Staaten Brasiliens macht sich infolge der andauernden Trockenheit Mangel an Lebensmitteln bemerkbar und stellenweise herrscht Hungersnot.

Schutz der Landschaft. Allen Pächtern städtischer Grundstücke in Forzheim wurde zur sofortigen strengen Auflage gemacht, ohne vorherige Genehmigung der Stadtverwaltung Forzheim an Bäumen und Hecken keinerlei Veränderungen vorzunehmen. Bei allen Neuverpachtungen ist künftig eine entsprechende Bestimmung ausdrücklich in die Pachtverträge aufzunehmen. Sollen größere Bäume besätigt oder gestutzt werden, so hat das Stadtbauamt Forzheim, entsprechend einer schon früher ergangenen Weisung, unter genauer Zeichnung der Veränderungen zuvor schriftlich die Genehmigung des Oberbürgermeisters einzuholen.

### Der Schutz von Mutter und Kind

Der Reichsminister des Innern und der Reichsarbeitsminister haben dem Reichstage eine Denkschrift über die Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind überreicht. Es gibt hiernach allein 279 öffentliche Entbindungsanstalten mit fast 2000 Betten für Schwangere, 5500 Betten für Entbundene und ebenso viele für Säuglinge. Daneben wurden noch 70 Mütterheime, 375 Kinder-, Heil- und Pflegeanstalten, 108 Säuglings- und Kinderkrippen sowie über 1800 Kindergärten gezählt; von den letzteren stand der dritte Teil unter ärztlicher Aufsicht.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege unterhält insgesamt 1428 Schwangerenberatungsstellen. In diesen waren 568 Ärzte, 1 Haupt- und 402 nebenamtliche Hebammen beschäftigt. Es kam also nur auf fast jede dritte Beratungsstelle ein Arzt. In einer Reihe deutscher Länder, so z. B. in Württemberg, Oldenburg, Bremen, beiden Mecklenburg, fehlen die Beratungsstellen vollkommen.

Eine wichtige Stellung nimmt gerade auf dem Gebiete der Unterhaltung von Entbindungsanstalten, Mütterheimen, Mütterberatungsstellen, Krippen und Kindergärten die freie Wohlfahrtspflege ein. Als Reichsverbände dieser freien Wohlfahrtspflege sind anerkannt: der Zentralausschuß für die innere Mission, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Kaiserliche Wohlfahrtsverband, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt und der Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft.

### Badischer Teil

### Die Auflösung der S.-A. und S.-S.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Entsprechend der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten wurden gestern auch in Baden die zur Auflösung der S.-A. und S.-S. notwendigen polizeilichen Maßnahmen im ganzen Lande durchgeführt. Die S.-A.-Heime wurden geschlossen. Fremdenwelche ernste Schwierigkeiten haben sich an keinem Orte ergeben. Das bei den Ausschreibungen gefundene Material wurde sichergestellt und wird zur Zeit gesichtet.

### Der Geburtenrückgang in Baden im Jahre 1931

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt.)

Zu den ersten Problemen unserer Zeit gehört der ständige Rückgang der Geburten, der sich in Deutschland seit Beginn dieses Jahrhunderts zeigt. Auch Baden weist seit dem Jahre 1901 ein beinahe ununterbrochenes Sinken der Geburtenzahlen auf. Besonders deutlich tritt dieser Rückgang nach den neuesten Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts im Jahre 1931 in die Erscheinung: 45 405 Geborenen des Jahres 1930 stehen nur 41 677 des Jahres 1931 gegenüber. Dieser Rückgang um 3 728 oder 8,2 Prozent ist erheblich größer, als jener von 1930 und 1929, der im Vergleich zu den beiden Vorjahren 210 und 1 558 betrug.

Man muß — abgesehen von den Kriegsjahren — in der Geburtenstatistik Badens weit zurückgehen, um eine ähnlich niedrige Zahl zu finden. Im Jahre 1855 ist sie mit 39 450 etwas kleiner, sonst aber finden sich nur Vergleiche mit den Zahlen vom Anfang der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Und damals war die Bevölkerungszahl Badens noch nicht einmal halb so groß wie heute!

Noch deutlicher wird dieser Abstieg, wenn man einige Verhältniszahlen aus der Geburtenstatistik der letzten 30 Jahre zum Vergleich heranzieht. Auf 1000 Personen der mittleren Bevölkerung unseres Landes entfielen im Jahre 1901 noch 36,1 Geborene, im Jahre 1911 sinkt die Zahl auf 28,6, im Jahre 1921 auf 26,8, im Jahre 1926 auf 20,9 und im Jahre 1931 ist sie sogar auf 17,5 zurückgegangen.

Unter den 41 677 Geborenen des Jahres 1931 befinden sich 1 007 Totgeborene. Das bedeutet gegenüber den 1 226 Totgeborenen des Jahres 1930 einen, diesmal erfreulichen Rückgang von 219 oder 1,5 Prozent. Die Zahl der im Jahre 1931 Lebendgeborenen betrug 40 670, das sind 3 509 oder 7,9 Prozent weniger als im Vorjahr.

Schließlich weist auch noch der Geburtenüberschuß über die Zahl der Gestorbenen einschließlich der Totgeborenen einen Rückgang auf, und zwar ist er von 17 841 im Jahre 1930 auf 13 211 im Jahre 1931, also um 23,8 Prozent gesunken. Auf 1000 Personen der mittleren Bevölkerung Badens berechnet, beträgt der Geburtenüberschuß im Jahre 1931 noch 5,5 Prozent.

### Behandlung elektrischer Apparate

Verührt keine blanken Drähte von elektrischen Leitungen, selbst wenn sie auf die Erde gefallen sind, besonders wenn man selbst auf der Erde oder in der Nähe steht, oder feuchte Hände hat! Ihr würdet sofort getötet werden. Laßt elektrische Anlagen nur von Fachleuten gewissenhaft herstellen und die Leitungsdrähte (auch die alten) in Kanzeröhre verlegen. Feuchte Räume, wie Waschküchen, Ställe, erfordern eine besondere Sorgfalt. Vermeidet alle Beschädigungen freier Leitungsdrähte, wie Anrührung, Durchschneiden, Durchtreten, Durchrosten. Wenn ein Nagel, ja schon eine Stednadel zwischen die Drähte geschlagen wird, oder die Isolierung mangelhaft geworden ist, kann der Strom dort leicht von einem Draht zum andern überpringen, und es entsteht so der Kurzschluß. Auch durch überhängende Wäsche oder sonstige Fahrlässigkeiten kann Kurzschluß entstehen. Bei gewissenhafter Anlage und Behandlung kommt jedoch selten ein Kurzschluß vor, obwohl man ihn häufig fälschlich für alle mögliche Brände verantwortlich macht. Ist in einer Leitung Feuer ausgebrochen, so macht die Leitung durch Herausreißen der Sicherungen spannungslos, löst dann den Brand mit Wasser (was vorher nichts nützt) und ruft sofort die Feuerwehr und einen Fachmann. Ist eine Sicherung durchgebrannt, so ruft, wenn ihr nicht ganz sicher seid, einen Fachmann. Das eigene Spielen von Sicherungen ist feuergefährlich und strafbar.

Bewegliche Leitungsschmüre für elektrische Bügeleisen, Staubsauger, Heizlisen, Heizjournen und Kocher sollen nicht länger als nötig sein. Benutzt derartige Apparate nur mit selbsttätiger Abstellung. Brennt Glühbirnen nicht mit Papier oder Stoff umhüllt, auch nicht in der Nähe von Zellulose. Stellt bei längerem Verreisen den Strom durch Herausreißen der Sicherungen ab. Werden statt Sicherungen die jetzt in der Elektrotechnik eingeföhrten kleinen Selbstschalter verwendet, so kann nach Abschaltung des Kurzschlusses durch den Selbstschalter nunmehr durch einfaches Wiedereinschalten des Selbstschalters die Anlage sofort erneut betriebsfähig gemacht werden.

## Die Wasserkraft Baden

(Mitteil vom Wasserrechtsbüro der Wasser- und Straßenbauverwaltung.)

In dem soeben erschienenen Heft Nr. 25 des badischen Wasserkraftsregisters sind die Donau und die aus den badischen Gebietsteilen ihr zutiefenden Wasserläufe behandelt, also die Quellflüsse auf der östlichen Abdachung des Schwarzwaldes, die Gewässer der Saar, ferner die vom badischen Gebirge und aus dem nördlichen Einzugs kommenden Nebenflüsse. Das Heft ist mit vielen Tabellen, Übersichtskarten und Plänen ausgestattet und gibt insbesondere einen Überblick über Wassermengen und Gefälle der Breg, des Eisenbaches, der Brigach und der Donau. An sämtlichen badischen Gewässerresten des Donaugebietes wird der Umfang der Wassernutzungsberechtigungen festgestellt, die dazu dienenden technischen Anlagen werden beschrieben, und es wird auf die vielseitige Verwendung der gewonnenen Kräfte in Dienste der Elektrizitätsversorgung, der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft hingewiesen. Die heutige Wasserkraftnutzung erfolgt in 393 Wasserkraftwerken mit rund 17 Millionen Kilowattstunden möglicher Jahreserzeugung. Den starken Gefällen der Schwarzwaldtäler und den reichlichen Niederlagen dieses Gebietes ist es zuzuschreiben, daß mehr als die Hälfte sowohl der Wasserkraftanlagen als auch der Gesamtleistung auf die Breg und ihre Zuflüsse entfällt.

Die Druckfrist ist von der Wasser- und Straßenbauverwaltung und im Buchhandel zu beziehen.

## Vom Badischen Weinbauinstitut in Freiburg

Aus dem 11. Jahresbericht

Der Direktor des Badischen Weinbauinstituts, Dr. Carl Müller, erstattet jetzt den 11. Jahresbericht seines Instituts und der diesem Institut angegliederten Hauptstelle für Pflanzenzüchtung in Baden.

Im ersten Jahr des neuen Jahrzehnts wurde der Umzug in das neue Heim in der Bismarckstraße vorgenommen, während das bisherige im Reichshof zu einem Pflanzenhorn-Museum ausgestattet worden ist. Außerhalb von Freiburg wurden gleichfalls neue Erweiterungen vorgenommen. Die Inanspruchnahme des Instituts hat auch im Berichtsjahr eine weitere Steigerung erfahren. Einschließlich des Schriftwechsels, den die Außenstellen des Instituts zu erledigen hatten, betrug die Gesamtzahl der erledigten Schreiben 16 476 oder rund 1100 mehr als im Vorjahre. Der Regierungsbotschafter Dr. W. Kotte wurde vom 1. Oktober 1931 an auf zwei Jahre beurlaubt, um eine Stellung als Direktor des neuerrichteten phytopathologischen Instituts in Ankara (Türkei) anzutreten. Das internationale Weinamt in Paris hat dem Direktor für die Herausgabe des Weinbaukalenders einen Preis mit einer Plakette verliehen. Die Einrichtungen des Instituts wurden weiter vermehrt.

Die umfangreichste Tätigkeit betraf die Schädlingsbekämpfung. Im Berichtsjahre wurden 25 Mittel im Vorversuche und 14 im Hauptversuche geprüft. Außerdem wurden mit fünf weiteren Präparaten Versuche durchgeführt. Die weinbautechnischen und anderen Versuche, insbesondere die Temperaturmessungen, wurden fortgesetzt. Dabei wurde festgestellt, daß die für die Traubenreife nötige Bodenwärme in den Jahren 1930 und 1931 nicht in dem Maße vorhanden war, wie 1929. Die Abhängigkeit des Austriebs und des Blütenbeginns bei den Reben von der Bodentemperatur wurde auch weiterhin untersucht. Dabei wurde festgestellt, daß Unterdahl und Riesling erst bei höherer Bodentemperatur als Müller, Burgunder und Schönbauer zu blühen beginnen. Auch die Düngungsversuche wurden weiter fortgesetzt.

Ein besonders umfangreiches Kapitel ist die Rebenzüchtung. Hier wurden weitere Neuzüchtungen durchgeführt und auf ihre Verwendbarkeit eingehend untersucht. Der Bericht befaßt sich dann eingehend mit den Versuchsanlagen in Freiburg i. Br., in Müllheim und Durlach. Das staatliche Rebgut in Baden wurde im Berichtsjahr von 362 Personen besetzt. Die Arbeiten auf dem Gebiete der Kellerwirtschaft haben weiter an Bedeutung zugenommen. Besonders wichtig für den badischen Weinbau ist auch die amilische Reblausbekämpfung und die Hybridennutzung. 74 Reblausherde von 1930 wurden einer Nachuntersuchung unterzogen. Nur in zwei Herden wurden an den Wurzeln Rebläuse nachgewiesen. Das Reblausgebiet in Baden betrug 1931 416,21 Ar, von 59 685 Stöcken waren 6609 verendet. Im ganzen wurden im Berichtsjahr 25 967 Propaganden als Ertrag für Hybriden bestellt. Die Gesamtfläche der zur freiwilligen Vernichtung gemeldeten Hybriden betrug Ende 1931 rund 1900 Ar. Bei der Reberhebung fanden zur Verfügung: 265 125 Stück eigene Reben, 729 800 Stück S. Teleki-Villany-Reben und 431 000 Stück von R. Richter-Montpellier.

Die Hauptstelle für Pflanzenzüchtung in Baden hat den Pflanzenzüchtungs- und Züchtungsstellen der Ob- und Weinbauverwaltung Baden die monatlichen Meldungen erweitert. Als neuer Schädling für Baden wurde in der Gegend von Wertheim erstmals die Wisamratte festgestellt. Das Institut hielt u. a. fünf Kurse mit 641 Teilnehmern ab.

## Badische Regierung und Wirtschaftsbelebung

Wie der „Bad. Beobachter“ erfährt, werden in diesen Wochen eine Reihe von Staatsstraßen im Bereich zwischen Karlsruhe und Pforzheim verbreitert werden, um zunächst einen Teil des schon seit Jahren vorgezeichneten Bauprogramms zu verwirklichen. Das Finanzministerium hat beschränkte Kredite zur Verfügung gestellt. Durch diese Straßenbauarbeiten, die einen Aufwand von über 100 000 RM. erfordern, werden voraussichtlich bis in den Frühsommer zahlreiche Arbeitskräfte Verwendung finden können. Gegenwärtig ist man mitten im Ausbau der hinteren Alstaltstraße, die zwischen Frauenau und der badisch-württembergischen Landesgrenze eine Verbreiterung von 3,90 auf 5,50 Meter erfährt.

## Aus den Parteien

Minister a. D. Dr. Leers, der 1929 in den Landtag gewählt worden war, hat infolge seines Wegzuges nach Berlin sein Mandat niedergelegt. Dr. Leers wird in Berlin als Direktor des Deutschen Bühnenbundes. Sein Nachfolger im Mandat wird der Kaufmann Leopold Neumann, Karlsruhe, sein.

## Aus der badischen Landwirtschaft

Der Schwöninger Spargelmarkt. Schwöningen hat bereits die Vorbereitungen zum diesjährigen Spargelmarkt getroffen, der am 5. Mai offiziell eröffnet werden soll. Aus diesem Anlaß wird der Allgemeine Deutsche Automobilklub eine Zielfahrt nach Schwöningen veranstalten. Das übliche Spargelfest soll am 12. Juni mit Festzug und Volksfestbetrieb durchgeführt werden.

## Badischer Landtag

### Der Haushaltsplan im Ausschuss

Zu Haushaltsausschuss wurde am Mittwoch nochmals die Debatte über die Wohnungspolitik aufgenommen.

Ein Zentrumsredner bezeichnete es als untragbar, daß das Land für die Wohnungsfürsorge überhaupt nichts mehr zur Verfügung stelle. Der Zusammenbruch des Neubaubestandes müsse vermieden werden. Der Zins für Baudarlehen müsse herabgesetzt werden. Ein Betrag von 150 000 RM. pro Jahr für Erleichterung der Lage des Neubaubestandes und Instandsetzung von Altwohnungen sei zu gering. Von sozialdemokratischer Seite wurde ausgeführt, daß es genüge, wenn statt 25 Millionen nur 1,2 Millionen kurzfristige Schulden getilgt würden. Man könne nicht die Häuser verfallen lassen. Die restlichen Mittel müßten hierfür verwendet werden. Man müsse auch einen Weg suchen, um dem Neubaubestand zu helfen.

Der Vertreter der Fraktionsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei bezeichnete es als erfreulich, daß jetzt allgemein mehr und mehr die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten und politische Gesichtspunkte nebensächlich wären. Die Regierung könne ihre Zurückhaltung in der Frage des Neubaubestandes nicht aufrecht erhalten. — Ein weiterer volksparteilicher Redner wies auf die Notlage der Besitzer von Villen hin, die nicht zu verkaufen seien. Er verlangte Entgegenkommen hinsichtlich der Gebäudesteuer in solchen Fällen. Es sei ein wirtschaftlicher Bahnsinn, wenn man beispielsweise in Mannheim zur Zeit eine Fabrik niederlege und damit wirtschaftliche Werte zerstören ließe, weil das Unternehmen nur auf diese Weise steuerliche Entlastung erfahren könne.

Die Abstimmung über das Kapitel Wohnungsfürsorge wurde ausgefällt.

Das Kapitel Ministerium wurde genehmigt. — Beim Kapitel Landeskommissionen regte der volksparteiliche Redner an, den Landeskommissionären, entsprechend der Bedeutung ihrer Stellung, die Bezeichnung Ministerialrat zu geben. — Der Ausschuss erledigte weiter die Kapitel Verwaltungsgerichtshof, Bezirksverwaltung, Heil- und Pflegeanstalten, Landesfrauenklinik und Landesgewerbeamt.

Im Verlaufe der Debatte wurde festgestellt, daß der Syndikus der Handelskammer Mannheim ein höheres Gehalt bezöge als ein Minister; daneben habe er noch einen Lehrauftrag an der Handelshochschule Mannheim. Der Regierungsvorredner teilte dazu mit, daß zur Zeit noch Verhandlungen mit der Handelskammer Mannheim über die Gehaltsfrage schweben. — Einstimmig wurde ein Zentrumsantrag auf Erlassung der Umsatzsteuer für Milch und Kartoffeln beim Reich hinweggewirkt, desgleichen der Antrag auf Vergünstigung für die Ausfuhr von Grünlern, und ein weiterer Antrag auf Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen.

### Aus dem Rechtspflegeausschuss

Der Rechtspflegeausschuss hat einen erneuten Antrag der Nationalsozialisten gegen das Schächten von Tieren wiederum abgelehnt.

Eine Eingabe des Verbandes badisch-pfälzischer Zimmermeister wünscht im Hinblick auf die Not unserer Holzindustrie die Einführung von Hartholztreppen bei künftigen öffentlichen Bauten und eine entsprechende Abänderung der Landesbauordnung. Der Antrag des Verbandsleiters, das Gesetz der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß in weitherziger Auslegung der gesetzlichen Vorschriften die Verwendung von Hartholz überall da gestattet sein soll, wo nach Lage des Falles eine Feuergefahr als ausgeschlossen gelten kann, fand einstimmige Annahme.

Die Beratung wandte sich dann dem Antrag der Abg. Dr. Föhr u. Gen. (Zent.) zu, betr. Bekämpfung der Gottlosenbewegung. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß es nicht möglich sein wird, allein auf dem Wege der Gesetzgebung der Gottlosenbewegung erfolgreich entgegenzutreten. Man werde in sehr starkem Maße auf die Mitarbeit von Schule und Kirchengemeinschaften angewiesen sein. Er stellte den Antrag, dem Antrage der Zentrumsfraktion zuzustimmen. — Es folgte eine eingehende Aussprache.

Von Zentrumsseite wurde betont, der Antrag richte sich nicht gegen die Freiheit der Überzeugung, sondern insbesondere gegen die Propaganda gegen Gott. Die Gottlosenbewegung sei schließlich auch eine Gefahr für jede einzelne Familie. Es sei unerhört, wie die Geistlichkeit behandelt würde. Auch die Kirchengemeinschaften würden durch die Hebe der Gottlosen stark gefördert. Es bestehe hier für alle eine große Verantwortung, deshalb müsse von allen gesellschaftlichen Mitteln und Möglichkeiten unbedingt Gebrauch gemacht werden.

Der Kultusminister gab eine Darstellung der Propagandamethoden der Gottlosenbewegung. Leider seien auch Lehrkräfte von dieser Bewegung schon ergriffen. In Baden trete die Gottlosenbewegung in geringem Umfange auf. Gleich dem preussischen Innenminister habe der badische Innenminister Anweisungen an die Polizeibehörden gegen Auswüchse erlassen. Auch in den Schulen sei das Entsprechende geschehen. Eine klarere und schärfere Fassung der gesetzlichen Vorschriften sei zu erstreben.

Der sozialdemokratische Sprecher erklärte, daß man sich auf seiner Seite der Stimme enthalte, da bis jetzt aus Baden kaum schwerwiegende Auswüchse bekannt geworden seien. Auswüchse der geschilderten Art würden auch von der SPD. verurteilt. — Von Zentrumsseite wurde nochmals die Notwendigkeit unterstrichen, energisch zuzugreifen. — Ein Nationalsozialist erklärte sich für den Zentrumsantrag. Der volksparteiliche Vertreter unterstützte den Antrag, der eine politische Gefahr bekämpfe, die ihre Spitze gegen die Grundlagen des Staates, gegen die Kirche, richte. Ein Regierungsvorredner gab nähere Auskunft über die Abwehrmaßnahmen der Polizei. — Ein sozialdemokratischer Redner machte einen Unterschied zwischen den demokratischen Freidenkern und den proletarischen (kommunistischen) Freidenkern. Auch der Vertreter der Staatspartei stimmte dem Antrag zu.

Im Schlußwort wurde von Zentrumsseite noch auf die Tätigkeit des Lannensverbandes hingewiesen, die verheerend wirkte. Der Zentrumsantrag wurde dann mit 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

### Eine Warnung an alle Schwarzhörer

Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat in Röttlingen und in Wilschdingen eine größere Zahl von Schwarzhörern ermittelt, die teils mit Hochantenne, teils mit unauffällig angebrachten Zimmerantennen seit Monaten unangemeldet Rundfunk gehört haben. Die Oberpostdirektion hat aus besonderen Gründen ausnahmsweise davon abgesehen, die Schwarzhörern bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen und hat jedem Gelegenheit gegeben, sich eine Rundfunkgenehmigung mit rückwirkender Kraft zu verschaffen und die Gebühren nachzuzahlen. In künftigen Fällen wird die Oberpostdirektion jedoch unverzüglich und ohne Rücksicht Strafanzeige erstatten.

## 600 Kleinfliegerstellen in Baden

Wie der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinfliegerstellung mitteilt, sind bisher in Baden folgende Kleinfliegerstellen bewilligt worden bzw. in Ausführung begriffen: Karlsruhe 100, Heidelberg 100, Freiburg 50, Mannheim 306, Pforzheim 50, zusammen also 606 Kleinfliegerstellen.

## Aus der Landeshaupstadt

### Zur Durchführung der Notverordnung über die Auflösung der S.-A. und S.-G.

wurden — wie der Polizeibericht mitteilt — zur Sicherstellung des Materials die S.-A. und S.-G.-Aufenthaltsräume und Büros von Karlsruhe und Durlach polizeilich durchsucht und geschlossen. Auch bei einer Reihe von Führern und Funktionären der S.-A. und S.-G. wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Während sich die polizeilichen Maßnahmen im allgemeinen reibungslos abwickelten, suchten junge Burken die Tätigkeit der Polizei in den S.-A.-Räumen des Hauses Kaiserstraße 133 dadurch zu erschweren, daß sie in den offenen Fenstern des Hauses und vom Balkon aus nach der Straße zu schrien und auf einer Verstärkeranlage den Grammophon spielen ließen, so daß es zu Ansammlungen auf der Straße kam. Die Polizei, die mit einem Kommando von insgesamt 30 uniformierten und Zivilpolizeibeamten erschienen war, stellte die Störungsversuche ein und die Ordnung auf der Straße wieder her. Ein junger Mann, der sich den Anordnungen der Polizei widersetzt, wurde festgenommen.

Ein 22 Jahre alter Blechner von hier machte der Polizei die Anzeige, daß er am Mittwochabend Ecke Wald- und Kaiserstraße von einem 21 Jahre alten Automechaniker, der der NSDAP. angehört, mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden sei. Dem Blechner war ein Zahn am Oberkiefer eingeschlagen worden. Der Täter wird sich wegen Körperverletzung zu verantworten haben. — Vergangene Nacht wurde ein 24 Jahre alter Kaufmann in der Passage von etwa 15 Angehörigen der NSDAP. angerempelt, mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert und verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gang.

Nachfahrarten zu Pfingsten. Die Reichsbahn wird zu Pfingsten Nachfahrarten mit einer Geltungsdauer vom 11. bis 23. Mai ausgeben.

Der Evangelisch-Sozialer Kongress in Karlsruhe. Zum Evangelisch-Sozialer Kongress, der bekanntlich in der Pfingstwoche in Karlsruhe stattfindet, wird auch der Ehrenpräsident des Kongresses, der bekannte Universitätsprofessor D. Baumgarten, der früher im badischen Kirchendienst gestanden hat, als Stadtvicar in Baden-Baden und Diakonopastor in Waldkirch, nach Karlsruhe kommen und im Volksabend, der am 18. Mai in der großen Festhalle stattfinden wird, sprechen.

Die Gebrauchs-Ausstellung in Karlsruhe wird am 15. April d. J. geschlossen, da die dort ausgestellten Möbel von vornherein für das in Wiesloch bei Heidelberg errichtete Typenhaus 8 1/2 bestimmt waren. Dieses Typenhaus kann nach der jetzt zur Durchführung gekommenen vollständigen Einrichtung befristet werden. Es ist beabsichtigt, die Ausstellung in Karlsruhe in einiger Zeit mit neuen Einrichtungsgegenständen und Erweiterungen wieder aufzunehmen.

Die nächste Tagung des Karlsruher Schwurgerichts beginnt am 25. April. Zur Verhandlung gelangen folgende 6 Fälle: Montag vormittag halb 9 Uhr Fabrikarbeiter Anton Wader aus Raitenbach wegen Totschlagsversuchs und erschwerter Körperverletzung; nachmittags 4 Uhr Kaufmann Jakob Kurt Markowitsch aus Nassau wegen Meineids; Dienstag vormittag Chefrau Johann Schubert aus Wildbad wegen gewerbsmäßiger Abtreibung; nachmittags Bauaufseher Ernst Werle aus Bietigheim wegen Meineids; Mittwoch vormittag Schreiner Adolf Schöfer aus Ettlingen wegen Meineids; nachmittags Blechner Josef Klein aus Ettlingen wegen Meineids.

Noch einmal Levita-Prozess. Am Mittwoch begann die Verhandlung gegen den 33 Jahre alten Kaufmann Sally Harry Levita, der bekanntlich wegen Erpressung gegenüber der Firma Reemtsma zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Bei seiner Vernehmung gab Levita die Erklärung ab, daß er nicht mehr wie bisher den Beamten des Reichsfinanzministeriums, Ministerialrat Schröder und Ministerialdirektor Dr. Ernst, sowie dem damaligen Reichsfinanzminister Hilferding den Vorwurf unlauterer Machenschaften machen könne, da er durch die Beweisaufnahme der ersten Instanz eines besseren belehrt worden sei.

Falsche Fünfmarkstücke in Karlsruhe. Seit einigen Wochen tauchen in Karlsruhe falsche Fünfmarkstücke auf, die von der Reichsbankhauptkasse angehalten und als falsch festgestellt wurden. Die Fälschlinge sind daran zu erkennen, daß die Oberfläche einen gelblichen Glanz hat, der dadurch hervorgerufen wird, daß der Kern der Münzen mit zwei dünnen Kupferplatten umgeben ist. Diese Kupferplatten sind sehr dünn und nützen sich sehr rasch ab. Außerdem haben die falschen Fünfmarkstücke einen bleicheren Klang und eine geringe Gewichtsabweichung. Wie die „Bad. Presse“ erfährt, sind die falschen Fünfmarkstücke in letzter Zeit in erheblichem Umfang in Karlsruhe und anderen Städten aufgetaucht. Die Nachforschungen nach den Fälschmünzern haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.

Fahbänder-Rohr-Trio. Kommen den Samstag, den 16. April, spielt abends 8 Uhr im Rathausaal zum erstenmal die seit drei Jahren bestehende Triovereinigung von Hedwig Fahbänder, der bekannten Geigerin, die auch verschiedentlich mit großem Erfolg als Solistin in den Karlsruher Symphoniekonzerten aufgetreten ist, deren Bruder, dem Cellisten Ludwig Fahbänder, und dem hervorragenden Pianisten Dr. Hanns Rohr, von seiner Tätigkeit als Kapellmeister beim Karlsruher Landestheater noch in bester Erinnerung. Die drei trefflichen Künstler haben es sich zur Aufgabe gemacht, die beiden herrlichen Klaviertrios von Franz Schubert hintereinander zu spielen. Die uns vorliegenden Pressestimmen aus allen Musikzentren Europas sprechen von einem Zusammenspiel voll erlebten Klangzaubers; besonders gerühmt werden die herrlichen Streichinstrumente. Es ist ein Konzert von erlesener Art zu erwarten, das sicherlich das lebhafteste Interesse unserer großen Karlsruher Kammermusikgemeinde finden wird. — Vorverkauf bei Kurt Neufeldt (Walstr. 81) und in der Buchhandlung Bielefeld (am Marktplatz).

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagsmorgen: Ein Zwischenhoch hat uns vorübergehend heiteres und trockenes Wetter gebracht. Über England zieht nun eine neue Zyklone heran, deren Einfluß morgen auch bei uns bemerkbar wird. — Voraussage: Bewölkungszunahme, später wieder neue Niederschläge und aufsteigende Südwestwinde.

Wasserstände: Waldshut 219 —1, Baje 24 —8, Schutter, infel 81 —13, Rheinweiler 160 —8, Rehl 242 —6, Ragau 427 —8, Mannheim 323 —9. Gaub über 200 Zentimeter.

## Gemeinderundschau

### Die Arbeitslosigkeit in Karlsruhe

Die Zahl der Arbeitslosen in Karlsruhe betrug Ende Januar 1931 11 267; sie sank dann bis Ende Juli 1931 auf 10 773 und ist bis Ende März 1932 wieder auf 13 585 gestiegen. Davon wurden von Reichs wegen, d. h. im Wege der Arbeitslosenversicherung und der Krisenunterstützung, Ende Januar 1931 5814 und Ende März 1932 5088 unterstützt. Als Wohlfahrtsverbände standen in der Fürsorge der Stadt Ende Januar 1931 2820, Ende März 1932 4958. Aus diesen Zahlen ist zunächst zu entnehmen, daß sowohl Ende Januar 1931, wie Ende März 1932, durchaus nicht alle Arbeitslosen öffentlich unterstützt wurden. Ende Januar 1931 stehen den 11 267 Arbeitslosen 8634 Unterstützte und Ende März 1932 den 13 585 Arbeitslosen 10 044 Unterstützte gegenüber.

Auffschlussreich ist auch die Bewegung zwischen den einzelnen Unterstützungsgruppen. Während die Zahl der von Reichs wegen Unterstützten, wie oben schon bemerkt, trotz steigender Arbeitslosenziffer eine rückläufige Bewegung zeigt (Ende März 1932 noch 5088 gegen 5814 Ende Januar 1931), ist umgekehrt die Zahl der von der Stadt zu betreuenden in der gleichen Zeit von 2820 auf 4958 gestiegen. Auf das Hundert berechnet, war das Reich Ende Januar 1931 an der Zahl der Unterstützten mit 67,34 Prozent beteiligt, Ende März 1932 dagegen nur noch mit 50,66 Prozent, während die Stadt damals 32,66 Prozent und heute 49,34 Prozent der Unterstützten zu versorgen hatte. Es ist also eine ganz wesentliche Verschiebung des Anteils der einzelnen Unterstützungsgruppen am Gesamtaufwand zum Nachteil der Stadt eingetreten. Für das Rechnungsjahr 1932 wird mit einer Mehrbelastung des städtischen Wohlfahrtsbetriebs von mindestens 2,5 Millionen Reichsmark gerechnet werden müssen.

**Bürgermeisterwahl.** Der Termin für die Wahl eines neuen Bürgermeisters der Stadt Ettlenheim wird demnächst festgesetzt. Zentrum und Demokraten haben sich auf den Kandidaten, den Glasermeister Karl Bögele geeinigt, der die meisten Aussichten hat.

Die Bürgermeisterwahl in Furtwangen ist auf den 23. April angesetzt worden. Von den etwa 50 Bewerbern sind vier in die engere Wahl gezogen worden, und zwar der frühere Bürgermeister von Bühlertal, Booz, jetzt in Merzhausen wohnhaft, Bürgermeister Dr. Müllner, Engen, Dr. Hoog, Direktor der städt. Werke, Heidelberg, und Ratsschreiber Eng, Furtwangen. Sämtliche Bewerber stehen der Zentrumspartei nahe, die in Furtwangen die absolute Mehrheit hat.

**Neuer Verkehrsverein.** In der Generalversammlung des Verkehrsvereins Kehl wurde bei Besprechung der in den Aufgabebereich des Vereins fallenden Verkehrsfragen auch die dringende nötige Durchführung der elektrischen Straßenbahn Straßburg-Hauptbahnhof-Rheinbrücke nach Kehl erörtert. Es wurde aber dabei darauf hingewiesen, daß vor Herleitung der Rheinbrücke die Frage nicht behandelt werden könne. Auch spiele die Frage einer geeigneten Zolleinrichtung an der Grenze und andere Dinge eine große Rolle. Bürgermeister Dr. Luthmer teilte mit, daß die Stadtverwaltung mit verschiedenen Organisationen in Unterhandlung stehe wegen Veranstaltung einer größeren Ausstellung im Herbst. Man solle versuchen, ohne allzu große Aufwendungen eine derartige Ausstellung zustande zu bringen, die neben der staatlichen und genossenschaftlichen Zuchtviehschau vielleicht eine Obst- und Gartenbauausstellung, eine Schau von Handel, Handwerk und Industrie, eine Schau der Geschäfte, eine kleine Heimat- und Kunstausstellung usw. umfassen könne, unter dem Leitwort „Aus dem Hanauerland — für das Hanauerland“.

**Keine neuen Wirtschaften.** Die Stadtgemeinde Weil a. Rh. gibt bekannt, daß bis 1934 keine neuen Konzessionen zum Betrieb einer Wirtschaft oder Erweiterung von bestehenden Wirtschaften mehr erteilt werden.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Großfeuer im Kraichgau

23. Hochheim (Amt Bretten), 14. April. Gestern abend gegen 10 Uhr, brach im Büro der Dampfzettelerei Gebr. Bött, Bruchsal, ein Brand aus, der sich mit großer Schnelligkeit auf den langgestreckten vierstöckigen Fabrikkomplex ausbreitete. Die Flammen schlugen hoch empor und boten im Kraichbachtal ein schaurig-schönes Bild. Die Feuerwehren der Umgebung und die Motorpompwagen waren schnell zur Stelle, dem verheerenden Element gegenüber aber machtlos. Die Motorspritze mußte sich lediglich auf den Schutz der benachbarten Bahnhofsgebäude beschränken. Ein Glück war es, daß die Ziegelerei vor dem Ort steht und somit der Ortsteil selbst nicht gefährdet war. Durch die große Hitze sind die umliegenden Äcker völlig ausgebrannt. Das riesige Gebäude ist bis auf die Umfassungsmauern völlig ausgebrannt. Das Fabrikanwesen ist im Jahre 1908 schon einmal niedergebrannt, dann wieder aufgebaut worden. Man hatte erst am vergangenen Montag nach Winterschlus den Betrieb wieder aufgenommen. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt. Die Forderung des rund 50 Meter langen und 4 Stock hohen Fabrikgebäudes war das Werk von 3½ Stunden. Auch alle Maschinen, darunter ein erst neu aufgestellter moderner Ofen, von dem der Brand seinen Ausgang genommen haben soll, sind vernichtet.

23. Mannheim, 13. April. Der Vorstand der Mannheimer Stadt. Maschinenamts, Baudirektor Hans Volkmar, vollendet am 14. April sein 60. Lebensjahr. Direktor Volkmar steht seit 29 Jahren diesem Amt vor.

23. Heidelberg, 13. April. Ein starkes Schneegestöber in großen Floden gestern abend um die neunte Stunde hier nieder. Die Floden blieben jedoch nicht liegen. Nur die Gipfel unserer Berge sind wieder zu „Schneekappen“ geworden.

23. Süßen (Amt Freiburg i. Br.), 13. April. Bürgermeister Karl Watterer kann morgen in geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag feiern. Seit 1920 steht er an der Spitze der Gemeinde und hat sich um deren wirtschaftliches Wohlergehen große Verdienste erworben.

23. Kleinfels, 13. April. Die Arbeiten am Großkraftwerk Rems sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß mit der Montage der ersten, 33 000 Pferdestärken leistenden Turbine begonnen werden konnte. Es werden bekanntlich sechs Turbinen mit zusammen etwa 200 000 Pferdestärken zum Einbau kommen, von denen aber im Anfang nur fünf in Betrieb genommen werden sollen.

23. Radolfzell, 13. April. Das Amtsgericht Radolfzell verurteilte den Nationalsozialistischen Bezirksführer Speer aus Sittlingen wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung auf Grund der Notverordnung zur gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten.

23. Konstanz, 13. April. Etwa 20 wilde Schwäne sind gegenwärtig in der Konstanzener Bucht zu Besuch und erfreuen sich dort der Aufmerksamkeit von jung und alt. Sie sind sehr gutmütig und nehmen Brot aus den Händen.

23. Konstanz, 13. April. Das Schöffengericht Konstanz verurteilte den 59 Jahre alten, verheirateten Landwirt Joseph Laubenberger aus Schwenningen (Amt Melsrich), Kassierer des Ländl. Kreditvereins in Schwenningen, wegen Unterschlagung von etwa 9000 RM. zu 5 Monaten Gefängnis.

## Handel und Wirtschaft

### Wissennotierungen der Reichsbank

Umsätze	11. April		13. April	
	1931	1932	1931	1932
Amsterdam 100 G.	170.68	171.02	170.68	171.02
Kopenhagen 100 Kr.	86.91	87.09	87.16	87.34
Italien 100 L.	21.63	21.67	21.63	21.67
London 1 Pf.	15.92	15.96	15.94	15.98
Paris 100 Fr.	4.209	4.217	4.209	4.217
Schwiz 100 Fr.	16.61	16.65	16.61	16.65
Schweiz 100 Fr.	81.92	82.08	81.95	82.11
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

**Keine neue Diskontierung.** Zu Gerüchten, wonach die Reichsbank beabsichtige, abernachst ihren Diskont zu senken, erfährt das „B. Z.“ auf Anfrage bei der Reichsbank, daß die Frage einer weiteren Diskontierung bisher vom Reichsbankdirektorium nicht erörtert worden sei. Man sehe auch vorläufig keinen Anlaß, diese Frage zu ventilieren, da die gegenwärtige Geldmarktlage einen solchen Schritt kaum rechtfertigen würde.

**Joseph Bögele AG., Mannheim.** Mit der übernommenen Auftragsreserve konnte 1930/31 bei dieser Maschinenfabrik ohne Bilanzverlust gearbeitet werden, man war zur Hälfte mit Exportaufträgen beschäftigt. Konstruktionen für die Maschinenherstellung von Farben versprechen ein Anhalten der derzeitigen Nachfrage, besonders aus dem Auslande. Der Fabrikationsertrag war 2,03 (i. V. 2,31) Mill. Reichsmark; bei 1,82 (1,89) Mill. Reichsmark Handlungsunkosten werden die Abschreibungen „im Hinblick auf die geringere Abnutzung durch die unbefriedigende Beschäftigung“ von 422 000 auf 201 000 Reichsmark vergrößert. Es ergibt sich einschließlich Vortrag ein Gewinn von 29 000 RM. bei 3,73 Mill. Aktienkapital (i. V. war ein ähnlicher Gewinn ausgewiesen worden). Bei der Erhöhung der Debitoren sei ein noch laufender Reparationsauftrag zu berücksichtigen. Immobilien sind mit 3,23 (3,24) Inventar mit 2,41 (2,55) bilanziert. Durch die Währungsveränderungen, Zoll- und Devisenveränderungen, sowie durch veränderte Einstellung der französischen Abnehmer seien die Exportmöglichkeiten gefährdet. Wenn die Krise unverändert andauere, müßte man selbst bei Disposition ungenügende Ergebnisse erwarten.

**Reichsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.** Nach dem 13. Juli 1932 ist dem Geschäftsbericht zufolge, mehr Geld abgezogen als eingelegt worden, wodurch die Bank immerhin ihre Liquidität erhöhen mußte. Es wurde zur Vermeidung von Kreditkündigungen ein Teil jedes Kredites in Wechselform umgestellt. Diese Wechselkredite sollen im Verlaufe längerer Zeit zur Rückzahlung gelangen. Der Gesamtumsatz der Bank ist gegen 1930 um rund 19 Mill. Reichsmark auf 79 668 028 RM. zurückgegangen, die Bilanzsumme hat sich gegen das Vorjahr um 384 796 auf 3 958 267 RM. ermäßigt. Der Mitgliederstand hat sich um 295 auf 2416 vermindert. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung betrug der Überschuß an Zinsen 142 091 RM. (i. V. 140 408), der Überschuß an Provisionen 100 098 RM. (108 858) RM. Es verbleibt ein Reingewinn von 46 043 RM., woraus 5 Proz. Dividende gezahlt werden.

Über die Vereinigten Freiburger Ziegelwerke AG. in Merzhausen bei Freiburg wurde das Vergleichsverfahren eröffnet. Vergleichstermin ist der 4. Mai.

Über die Firma Oberheinsches Karosseriewerk und Schifffabrik Schlenker und Jeller G. m. b. H. in Freiburg ist das Vergleichsverfahren eröffnet worden. Vertrauensperson ist Buchhalter Wilibald Frank, Vergleichstermin 7. Mai.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

#### Erläuterung der Staatsautorität.

Nachstehend wird die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. April 1932 zur Sicherung der Staatsautorität (Reichsgesetzblatt 1, Seite 175), sowie die am gleichen Tag ergangene Durchführungsverordnung des Reichsministers des Innern (Reichsgesetzblatt 1, Seite 175) bekannt gegeben.

Beschwerden nach § 2, Absatz 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten sind durch Vermittlung des Landespolizeiamts hierher vorzulegen.

Karlsruhe, den 14. April 1932.

Der Minister des Innern

Maier.

### Verordnung

des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität

vom 13. April 1932 (RGBl. I S. 175).

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Metretzen, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Jugendvereine werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2. (1) Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisation oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zweck der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muß dies geschehen.

(2) Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstausführenswege zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

(3) Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3. (1) Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder

sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

(2) Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(3) Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

(4) Kann keine bestimmte Person verfolgt oder betrieitelt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

### § 4.

(1) Diese Verordnung tritt, mit Ausnahme des § 3, mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Berlin, den 13. April 1932.

Der Reichspräsident v. Hindenburg,  
der Reichskanzler Dr. Brüning, der Reichsminister des Innern mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt  
Groener, Reichswehrminister, der Reichsminister der Justiz Dr. Jöstl.

### Verordnung

des Reichsministers des Innern zur Durchführung der Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (RGBl. I S. 175).

### § 1.

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der in § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsschrift zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Übergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

### § 2.

Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstzweck der SA, gebührenden Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände einschließlich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf Seite 105 ff. der Dienstvorschrift für die SA, aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärähnlichen Zwecken der Organisation dienen oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmanns- und Musikzüge, Feldbücher, Helme.

Berlin, den 13. April 1932.  
Der Reichsminister des Innern mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt, Groener, Reichswehrminister.

**RATHAUS**  
Samstag, 16. April, 20 Uhr  
**Kammermusik - Abend**  
(außer Abonnement)

**Fassbaender-Rohr-Trio**

**Schubert** L. 799

Die beiden Klaviertrios op. 100 und op. 99  
Karten zu 3,30, 2,20, 1,65, 1,10 RM. u. 80 Rpf. im  
Vorverkauf bei Bielefeld am Marktplatz u. bei  
Kurt Neufeldt  
Waldstraße 51.

Der Bezirksrat hat durch Entschliessung vom 12. IV. 1932 mit sofortiger Wirkung auf Grund der §§ 7 b und 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. III. 1932 die Ausrückungsverordnung vom 28. VIII. 1928 durch eine neue Anordnung ersetzt.

Der Wortlaut der neuen Anordnung kann beim Bezirksrat auf Zimmer 28 und beim Polizeipräsidenten auf Zimmer 43 sowie auf den Bürgermeisterämtern der Landgemeinden jederzeit eingesehen werden.

Karlsruhe, den 13. April 1932. O. 3-16  
Polizeipräsident v. B.

**Badisches Landestheater**

Freitag, den 15. April 1932

Geschlossene Vorstellung  
für die Volkshöhle

**Im weißen Rösch**

Singspiel von Venanz  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Herz

Mitwirkende:  
Blum, Genter, Seibertich,  
Seiling, Müllich, Brand,  
Ernst, Gemmecke, J. Gröbinger,  
Höcker, Kainbach,  
Koebe, Luther, Rehner,  
F. Müller, Prüter, Höger,  
G. Gröbinger, Jung, Kilian,  
Kleinbusch, Lindemann,  
Reyer, H. Müller, Nagel,  
Sonnlag, Schmitt

Anfang 20 Ende 23

Sa. 16.4. Hoffmanns Erzählung.  
So. 17.4. Rotenburger  
Feier „Wilhelm Busch“  
Nachm.: Der Wildschütz  
Abends: Nicoletta. Im  
Konzertsaal. Zur goldenen  
Jubiläumfeier.  
A. 888